



montags-info



FÜR ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - GEGEN SOZIALABBAU

Die SPD, die Agenda 2010 und der „beste Niedriglohnsektor in Europa“

Am Wochenende fand der außerordentliche Parteitag der SPD statt. Umjubelter Gastredner war Gerhard Schröder, der mit Agenda 2010 und Hartz IV einst „Armut per Gesetz“ einführte.

Der neue Parteivorsitzende und Spitzenkandidat zur Bundestagswahl Martin Schulz soll für „Gerechtigkeit“ stehen. Es soll der Eindruck vermittelt werden, dass die SPD eine fortschrittliche Veränderung der Regierungspolitik will, eine Politik, die den Arbeitenden eine bessere Perspektive bietet, ein gewisses Abrücken von der Verarmungs-Agenda 2010. Das ist Täuschung. In Wirklichkeit setzt die SPD ihren Kurs fort und verschleiert dies mit vagen Versprechungen, die nach dem Wahltag vergessen sind. Nach dem Wahltag schrödert es wieder, im Dienst des großen Geldes und der deutschen Weltmachtambitionen. Schröders Auftritt auf dem Parteitag ist dafür ein Symbol. Was er hinterlassen hat:

Im Januar 2005 – Hartz IV hatte gerade das Licht der Welt erblickt – preist der damalige Noch-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) in seiner Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos sein ganz besonderes Kind: „Wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.“

Nun war das im Jahr 2005. Mittlerweile sind wir in 2017 angekommen. Und da, nach Jahren

des „Jobwunders“ in Deutschland, wird man mit so einer Meldung konfrontiert: Knapp jeder Vierte arbeitet für Niedriglohn: »Der Anteil der Arbeitnehmer, die in Deutschland einen Niedriglohn beziehen, ist im europäischen Vergleich hoch. So verdienen 22,5 Prozent der Beschäftigten unter der Niedriglohnschwelle von 10,50 Euro pro Stunde ... Zum Vergleich: Im Euroraum insgesamt kommen nur 15,9 Prozent der Arbeitnehmer mit Niedriglohn nach Hause und haben aber mehr in der Tasche als deutsche Niedriglöhner.«

aus: news.dkp.de und <https://aktuelle-sozialpolitik.blogspot.de>

SPD – sachgrundlos eingeknickt

Regierungsparteien lehnen Streichung der Befristungen von Arbeitsverträgen ab.

Am Mittwoch 14. Juni hat der Ausschuss für Arbeit und Soziales der Bundesregierung die Möglichkeit abgelehnt, die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen aus dem geltenden Teilzeit- und Befristungsgesetz zu streichen. Über 3,2 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten derzeit in befristeten Arbeitsverhältnissen. Bei Männern

sind 38 Prozent aller neu abgeschlossenen Arbeitsverträge befristet, bei Frauen sind es sogar 47, Tendenz weiter steigend. Der Anteil der sachgrundlosen an allen Befristungen liegt bundesweit bei 48 Prozent.

Befristungen führen bekanntermaßen zu prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen. Berufliche Unsicherheit und niedrige Löhne sind nur zwei Stichworte zu dieser skandalösen Praxis im real existierenden Kapitalismus in Deutschland.

Heute sind sachgrundlos befristete Jobs ein Massenphänomen. Millionen Menschen erleben, was das in der Alltagswirklichkeit bedeutet. Diese Menschen quält die Angst, ob es einen neuen Arbeitsvertrag gibt oder nicht. Und wer nur befristet Arbeit hat, überlegt es sich x-mal, bevor er größere Anschaffungen macht oder es wagt, eine Familie zu gründen oder eine neue Wohnung zu suchen. Und: Wer um seinen Arbeitsplatz fürchten muss, akzeptiert viel eher zähneknirschend unbezahlte Überstunden, schleppt sich auch noch krank zur Arbeit und hält im Betrieb vorsichtshalber den Mund.

Quelle: UZ – Unsere Zeit, 23.06.2017, gekürzt

Kommunisten machten Atomwaffen-Stützpunkt dicht

Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) haben am Freitagmorgen die Zufahrten des Fliegerhorstes Büchel in Rheinland-Pfalz blockiert und damit den Betrieb des Stützpunktes weitgehend lahmgelegt.

Die Aktion war Teil einer langfristigen Kampagne der Friedensbewegung, die sich dagegen richtet, dass in Büchel noch immer zehn bis 20 einsatzfähige Atomwaffen lagern.

»Wir fordern, dass das Teufelszeug sofort aus Deutschland verschwindet«, erklärte der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele in Büchel. Die Bundesregierung müsse sich außerdem endlich an den Verhandlungen der Vereinten Nationen für ein weltweites Verbot aller Atomwaffen beteiligen, statt zusammen mit den USA und anderen NATO-Staaten weiter auf den Besitz dieser Massenvernichtungswaffen zu beharren. »Im Wahlkampf werden sich SPD, CDU/CSU und Grüne wieder als Friedensparteien präsentieren. Wir messen sie an ihren Taten: Atomwaffen in Büchel, Bundeswehreinätze weltweit und immer mehr Rüstungsexporte«, so Köbele.

Die Aktion der Kommunisten begann gegen 6 Uhr morgens und konnte rund zwei Stunden aufrechterhalten werden. Die Polizei konnte die Blöcke erst auflösen, nachdem sich bereits kilometerlange Staus von Hunderten Fahrzeugen an den Zufahrtswegen zum Stützpunkt gebildet hatten.

»Die Verantwortlichen in Büchel und anderswo können sich sicher sein: Wir kommen wieder!«, kündigte Köbele an.

aus: news.dkp.de

Vereinte Nationen verhandeln über Verbot von Atomwaffen

DKP kritisiert Boykott durch Bundesregierung.

Bei den Vereinten Nationen in New York hat am Donnerstag die voraussichtlich letzte Verhandlungsrunde für einen Vertrag über ein weltweites Verbot aller Atomwaffen begonnen. Sie soll voraussichtlich bis zum 7. Juli dauern. Während sich eine große Mehrheit der Staaten der Welt für ein solches Abkommen einsetzt, boykottieren vor allem die NATO-Staaten die Konferenz. Auch die Bundesregierung ist den Verhandlungen bislang ferngeblieben.

Der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele kritisiert dieses Verhalten der »Großen Koalition« als imperialistische Großmachtspolitik: »An ihren Taten sollt ihr sie erkennen. Während aus Berlin schöne Worte über Frieden kommen, verweigert die Bundesregierung konkrete Abrüstungsschritte. Das deutsche Großkapital macht Milliardenengeschäfte mit Rüstungsexporten, die deutsche Regierung stellt sich gegen ein Verbot der Atomwaffen und sie fordert nicht einmal den Abzug der noch in der Bundesrepublik stationierten Atombomben.«

Köbele erinnert daran, dass im Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz nach wie vor Atomwaffen stationiert sind, die nun sogar modernisiert werden sollen. »Wenn die Bundesregierung dies nicht unterbindet, gefährdet sie auch das Leben der Bevölkerung in Deutschland. Atomwaffen können keine Sicherheit bringen – aber ein Unfall mit diesen Massenvernichtungswaffen hätte unabsehbare Folgen«, warnt Köbele.

aus: news.dkp.de

Auf dem Weg zur deutschen Bombe

Schon Franz-Josef Strauß wollte sie. Konrad Adenauer versuchte sie als „Weiterentwicklung der Artillerie“ zu verkaufen. Die deutsche Atombombe. Doch den Strategen in den USA passten die Extratouren des westdeutschen Vasallen nicht.

Heute, nach fast 70 Jahren, scheint das US-Imperium geschwächt. Die deutsche EU fordert „strategische Autonomie“. Und die ist ohne die deutsche Bombe nicht zu haben.

Ein Trumpf in diesem Spiel ist die deutsch-niederländisch-britische Atomfirma „Urenco“. Die deutschen Atomkraftwerksbetreiber RWE und E.ON besitzen jeweils ein Sechstel der Anteile. Und wie die Tagesschau berichtete, produziert und liefert Urenco über die US-Firma Westinghouse waffenfähiges Tritium (überschwerer Wasserstoff), der für die Sicherung der Einsatzfähigkeit des US-Atomwaffenarsenals benötigt wird. Und selbstverständlich folgt jetzt auch, entgegen allen atomaren Abrüstungsbeteuerungen, der Bruch des deutsch-niederländisch-britischen Grundlagenvertrags für den Betrieb der Urenco (Vertrag von Almelo), der Lieferung für militärische Zwecke ausschließt. Ebenso wie der Bruch des Atomwaffensperrvertrages.

Das „Nachdenken“ über die deutsche Bombe wird inzwischen von vielen betrieben. Im „Tagesspiegel“ bringt es ein Maximilian Terhalle auf den Punkt: „Deutschland braucht Atomwaffen, um Russland abzuschrecken.“ Nach zwei brutalen Vernichtungskriegen stehen deutsche Panzer wieder an der russischen Grenze. Ziemlich genau da, wo die Heeresgruppe Nord 1941 auf Leningrad vorstieß, um die Stadt dem Verhungern preiszugeben. Mehr als eine Million Sowjetbürger kamen um.

Quelle: UZ – Unsere Zeit, 23.06.2017, gekürzt



<http://news.dkp.de>

Seit 4/2004 Immer montags

www.dkp-karlsruhe.de

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Herausgeber: DKP Karlsruhe, V.i.S.d.P.: Hans Jürgen Rettig, 76703 Kraichtal.

Alle bisher erschienenen Montags-Infos unter www.dkp-karlsruhe.de

www.dkp.de

Kontakt: dkp.karlsruhe@gmx.de

www.unsere-zeit.de